



HESSISCHER LANDTAG

20. 04. 2016

Plenum

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Panama Papers" belegen Notwendigkeit weiterer nationaler und internationaler Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag hebt deutlich hervor, dass Steuerhinterziehung eine Straftat ist und mit den Mitteln des Rechtsstaats entschieden bekämpft werden muss. Sie mindert das Steueraufkommen und schädigt damit das Gemeinwesen. Steuerflucht und Steuerhinterziehung sind zudem ein Akt mangelnder Solidarität gegenüber der Gesellschaft. Wer die Vorzüge des Rechts- und des Sozialstaates sowie der staatlich finanzierten Infrastruktur genießt und daraus privaten oder unternehmerischen Nutzen zieht, muss sich auch entsprechend seiner Leistungsfähigkeit an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen und die vorgeschriebenen Steuern entrichten.
2. Der Landtag hebt hervor, dass die Bekämpfung der grenzüberschreitenden Steuerflucht nur im engen internationalen Verbund gelingen kann. Daher begrüßt er aktuelle Bestrebungen des Bundes, den internationalen Druck gegen aggressive Steuergestaltung weiter zu erhöhen, die Transparenz bei finanziellen Auslandsbeziehungen zu steigern und den Informationsaustausch zwischen den Staaten weiter auszubauen. Ferner befürwortet der Landtag, dass sich die Finanzministerkonferenz unter hessischem Vorsitz vor Kurzem für ein Maßnahmenpaket für mehr Transparenz und stärkere Sanktionierungsmöglichkeiten ausgesprochen hat.
3. Der Landtag betont, dass die Transparenz finanzieller Auslandsbeziehungen und der internationale Informationsaustausch insbesondere dann zu einer wirksamen Bekämpfung der Steuerhinterziehung führen können, wenn möglichst alle Staaten und Gebiete den neuen Standards folgen. Bis heute reicht der internationale Druck auf die sogenannten Steueroasen und deren Unterstützer bei Weitem nicht aus. So ist ein weltweites Register der wirtschaftlich begünstigten Personen hinter Unternehmenskonstruktionen erforderlich, um Missbrauch von Briefkastenfirmen durch deren Hintermänner identifizieren zu können. Das bereits auf EU-Ebene beschlossene Register ist sinnvoll, stellt aber gleichwohl nur einen ersten Schritt zu einer internationalen Lösung dar.
4. Der Landtag ist davon überzeugt, dass internationale Einrichtungen wie EU und OECD beim Kampf gegen Steuerhinterziehung und Steuerflucht eine Schlüsselrolle einnehmen. So begrüßt er ausdrücklich den Aktionsplan der OECD gegen die Aushöhlung der Steuerbasis und die Gewinnverlagerung (Base Erosion and Profit Shifting - BEPS), der unter anderem Offenlegungspflichten für die Anbieter von Steuersparmodellen vorsieht, um aggressiver Steuervermeidung zu begegnen. Da die strafrechtliche Verfolgung von Fehlverhalten derzeit oftmals daran scheitert, einzelnen Mitarbeitern ein persönliches Verschulden nachzuweisen, müssen ferner auch die Unternehmen selbst stärker durch die Aufsichtsbehörden zur Verantwortung gezogen werden können.
5. Der Landtag stellt fest, dass die Bekämpfung der Steuerkriminalität eine der wichtigsten Aufgaben von Steuerverwaltung, Polizei und Staatsanwaltschaften darstellt. Gegenüber Steuerhinterziehung jeder Art - von Schwarzarbeit und Registrierkassenbetrug bis zur Nutzung sogenannter Steueroasen - darf es keine Toleranz geben. Der Landtag begrüßt daher, dass in Hessen die Bekämpfung von Steuer- und Wirtschaftskriminalität weiter vorangetrieben wird. Das 5-Punkte-Programm, mit dem insgesamt 105 neue Stellen für die Steuerfahndung und Betriebsprüfung geschaffen wurden, ist nur ein Beispiel für die Vielzahl an Maßnahmen in den hessischen Finanzämtern. Ein besonderes Augenmerk in diesem Bereich liegt dabei auf der Prüfung von Großunternehmen und Einkommensmillionären. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der hessischen Steuerverwaltung ist es zu verdanken, dass die hessische Steuerverwaltung bei den Prüfquoten bei Großbetrieben im Bundesvergleich regelmäßig an der Spitze liegt.

6. Der Landtag begrüßt zudem, dass aufgrund hessischer Initiativen bereits mehrere Maßnahmen angeregt wurden, um den internationalen Steuerbetrug und aggressive Steuervermeidung einzudämmen. So zielt beispielsweise die Gesetzesinitiative zur Eindämmung von Lizenzboxen darauf, den wirtschaftlichen Nutzen aus Patenten in dem Land zu versteuern, in dem die Forschungstätigkeit zum entsprechenden Patent führte. Die Bereitstellung einer forschungsfreundlichen Infrastruktur verursacht dem Staat Kosten und begünstigt Forschung und Entwicklung in privaten Unternehmen. Hieraus entstehende Erträge dürfen nicht durch Gestaltungsmissbrauch in Niedrig-Steuer-Länder verlagert werden.
7. Der Landtag befürwortet darüber hinaus, die Verjährungsfristen so zu gestalten, dass Steuerhinterzieher durch Verschweigen von Auslandsbeziehungen künftig nicht mehr auf Straffreiheit aufgrund von Verjährung hoffen können. Ebenso unterstützt er Bestrebungen, den gemeinsamen Kampf gegen Geldwäsche durch eine effizientere Zusammenarbeit der Behörden zu intensivieren.

Wiesbaden, 20. April 2016

Für die Fraktion
der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Boddenberg

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Wagner (Taunus)